

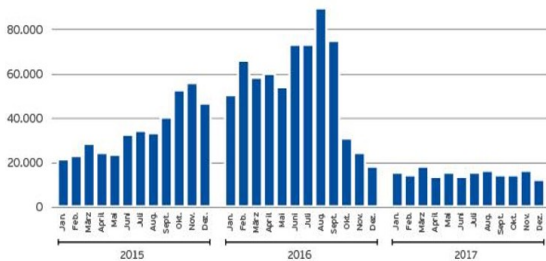
Modellstadt Köln: Schneller zur Baugenehmigung in NRW

Der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring, Mitglied im Bundestagsbauausschuss, begrüßt und unterstützt die Initiative von NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach, Baugenehmigungen in NRW künftig deutlich schneller zu erteilen. 90 Prozent der Bauaufsichtsbehörden in NRW-Kommunen führen ihre Akten noch überwiegend auf Papier.

Bis 2021 soll nun Köln, als eine von sechs Modellkommunen, bessere Standards für einheitliche digitale Baugenehmigungsverfahren entwickeln und erproben. „Der zeitaufwändige Kampf mit Papierbergen und Doppelarbeit in den Ämtern kann durch digitale Bearbeitung verhindert werden. Schnelle Baugenehmigungen kurbeln bezahlbaren Neubau an und sind die beste lokale Wirtschaftsförderung“, so MdB Möring, der das Kölner Modellprojekt intensiv begleiten wird.

Diskussion um Masterplan zur Flüchtlingspolitik

Vor dem Hintergrund des unionsinternen Streits über den Masterplan von Innenminister Horst Seehofer zur Flüchtlingspolitik sind am Donnerstag die CDU-Bundestagsabgeordneten in einer Sondersitzung zusammen gekommen. Die CSU-Landesgruppe war zeitgleich getrennt ebenfalls zusammengetreten. Als Ressortchef hatte Innenminister Seehofer mit Unterstützung der Kanzlerin und mit voller Rücken- deckung der Unions-Fraktion einen Masterplan zur Flüchtlingspolitik erarbeitet, der bereits ergriffene Maßnahmen sowie neue und weitergehende Vorschläge zur Flüchtlingspolitik zusammenfassen soll.



Asylanträge in Deutschland 2015 - 2017 (Stand Januar 2018)
Quelle: EVP-Fraktion im EP

Bisher ist der 63 Punkte umfassende Plan nur in den Grundzügen bekannt, weil ein Punkt zwischen Kanzlerin und Innenminister strittig und der Entwurf deshalb bisher nicht öffentlich ist. Innenminister Seehofer hatte ihn in der Fraktion am 12. Juni in groben Zügen vorgestellt. Bundeskanzlerin Merkel hat vor den CDU-Abgeordneten ihre

Position dargelegt und mitgeteilt, dass der Masterplan ihre Unterstützung hat. Nur in einem Punkt sei sie anderer Meinung, nämlich in der Frage, wie Personen, für die schon Asylverfahren in anderen EU-Ländern laufen, an der deutschen Außengrenze, einer Binnengrenze innerhalb der EU, zurückgewiesen werden können.

Sie wolle ein abgestimmtes Verfahren innerhalb der EU erreichen und wenn das nicht möglich sei, bilateral Verfahren mit unseren Nachbarländern vereinbaren, welche Flüchtlinge unter welchen Bedingungen an der Grenze in andere EU-Länder zurückgeschickt werden können. Sie wolle das in den nächsten zwei Wochen bis zum EU-Gipfel klären und so in der Sache dem Anliegen des Innenministers entsprechen. Dafür erhielt sie in der CDU breite Unterstützung.

„Wenn wir jetzt versuchen, deutsche Flüchtlingspolitik gegen unsere EU-Nachbarn durchzusetzen, wären wir bald wieder beim „Durchwinken nach Deutschland“ wie im Herbst 2015. Diese Situation darf sich auf keinen Fall wiederholen. Horst Seehofer sollte seinen Plan uns jetzt zugänglich machen, damit wir ihn diskutieren und dann entscheiden können“, so MdB Karsten Möring.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

der aktuelle Fall des in Köln lebenden Tunesiers mit hochgiftigem Rizin in seiner Wohnung, und möglicherweise in bis zu zehn weiteren Wohnungen, hat mich wie viele Bürgerinnen und Bürger beunruhigt. Laut Medienberichten soll der am Donnerstag verhaftete 29-Jährige auch Zutaten für einen Sprengsatz bestellt haben. Es gibt in Ermittlerkreisen die Vermutung, dass der in der Domstadt lebende Mann eine Rizin-Bombe bauen wollte. Es bestehe laut Generalbundesanwalt der dringende Verdacht des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz. Das Robert-Koch-Institut stuft das leicht erhältliche Rizin aus dem Samen des Wunderbaums als „potenziellen biologischen Kampfstoff“ ein. Schon in geringer Konzentration kann Rizin tödlich sein.



Unsere Behörden, Polizei und Verfassungsschutz, haben hier richtig und schnell gehandelt! Ihnen gebührt Lob und Anerkennung. Wieder einmal wird dabei auch der Spagat zwischen Sicherheit der Bürger und Datenschutz deutlich. Ich will keinen Überwachungsstaat, aber ich will, dass die Kölnerinnen und Kölner sicher leben können. Ich unterstütze daher voll und ganz die Linie von NRW-Innenminister Herbert Reul und kann seinen Appell nur unterstreichen, unseren Beamtinnen und Beamten der Polizei- und Sicherheitsbehörden im Alltag mehr Wertschätzung entgegenzubringen und ihnen die nötigen Mittel für ihre Arbeit zu geben.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



Verbraucherschutz deutlich verbessert

Damit Verbraucher künftig einfacher ihr Recht durchsetzen können, hat der Bundestag am Donnerstag die sogenannte Musterfeststellungsklage beschlossen. Mit dieser Klagemöglichkeit können Betroffene sich durch Verbände vertreten lassen und gemeinsam gegen Firmen vorgehen. „Heute ist ein guter Tag für Verbraucher, die sich bei juristischen Streitfällen großen Unternehmen gegenübersehen: Wir stellen Augenhöhe zwischen Verbrauchern und Konzernen her“, so CDU-MdB Karsten Möring. Damit werden teure Gerichtsprozesse in derselben Sache verhindert und die Geschädigten entlastet. Gerade im Fall VW sei dies für die betroffenen Diesel-Fahrer ein wichtiges Rechtsinstrument.

„Die SPD hat leider mögliche Sofortmaßnahmen im Zuge des Gesetzes zur Einführung der Musterfeststellungsklage abgelehnt, die in einem ersten Schritt missbräuchliche Abmahnungen in Bezug auf die neue Datenschutzgrundverordnung eingeschränkt hätten“, so Möring. Es bestehe aber Einigkeit, das Thema nun umfassend anzugehen. Bis zum 1. September soll ein Gesetzentwurf vorgelegt werden. Ziel sei es, vor allem Selbstständigen, kleinen Unternehmen und Ehrenamtlichen Sicherheit vor missbräuchlichen Abmahnungen zu bieten.

Höherer Mittelbedarf für fahrgastfreundliches Bauen



MOFAIR-Geschäftsführer Dr. Matthias Stoffregen besuchte in dieser Woche den Verkehrspolitiker Karsten Möring. Es ging um die Problematik steigender Zahlen von Baustellen im Schienennetz der Bahn bei gleichzeitig steigender Nachfrage nach verfügbaren Kapazitäten im Netz. Aus seiner Zeit in den Gremien der Aufgabenträgerorganisation „Nahverkehr Rheinland“ (NVR) sind Möring diese Probleme gut bekannt. Stoffregen warb um Unterstützung für die Ergebnisse des „Runden Tisches Baustellenmanagement“. Um fahrgastfreundlicher bauen zu können, brauchen die Infrastrukturbetreiber mehr Mittel, um Baumaßnahmen bei laufendem Betrieb bewältigen zu können. MdB Möring sagte dafür seine Unterstützung zu. (Bild: privat)

Öffentliche Anhörung zur Änderung des Atomgesetzes

Zum Gesetzentwurf von Regierung und Koalition zur Änderung des Atomgesetzes hat der Umweltausschuss in öffentlicher Anhörung acht Sachverständige befragt. Mit dem Gesetz wird ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt, das den Energieunternehmen RWE und Vattenfall einen angemessenen Ausgleich für ursprünglich zugesagte Strommengen zugesprochen hatte, die wegen des endgültigen Atomausstieges nach Fukushima nicht mehr realisiert werden können.



MdB Karsten Möring befragt als zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagfraktion Sachverständige. (Bild: Deutscher Bundestag Mediathek)

Eine Laufzeitverlängerung von Kraftwerken zur Lösung dieser Frage schließt MdB Karsten Möring aus. „Wir wollen die Erzeugung von Atomstrom beenden, nicht Kraftwerkslaufzeiten verlängern“, so Möring.

RWE kann in seinen Kraftwerken betroffenen Mengen in andere Kraftwerke des Konzerns übertragen. Vattenfall hat dafür nicht genügend Kraftwerke. Deshalb soll der Konzern nach dem endgültigen Auslaufen der Atomkraftwerke Ende 2022 finanziell entschädigt werden. Zuvor muss Vattenfall sich aber bemühen, die Erzeugungsrechte an andere Kraftwerksbetreiber zu verkaufen. Als Käufer dafür kommt nur EON in Frage. Außerdem besteht ein Anspruch auf Ausgleich für Investitionen, die im Vertrauen auf längere Laufzeiten getätigt wurden.

„Das alles sind komplexe und juristisch schwierig zu lösende Fragen. Ich möchte deshalb sicher gehen, dass wir eine juristisch wasserdichte Lösung mit dem Gesetz finden und nicht neuen Rechtsstreit provozieren“, so MdB Karsten Möring.

Impressum:

Ausgabe Nr. 13 der 19. Wahlperiode
15. Juni 2018
Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email:
karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter

